

Russland plant Rekord-Rüst Spending im Ukraine-Konflikt

Russland plant 2025 eine Rekordverteidigungsausgaben von 32,5 % des Budgets, während der Krieg in der Ukraine anhält. Die Maßnahmen zeigen Moskaus Bestreben nach militärischer Überlegenheit.

Die russische Regierung plant, im Jahr 2025 32,5% ihrer Ausgaben für Verteidigung einzuplanen. Dies stellt einen Rekordwert dar und ist ein Anstieg im Vergleich zu den berichteten 28,3% in diesem Jahr, da Moskau bestrebt ist, im Krieg gegen die Ukraine die Oberhand zu gewinnen.

Budget für nationale Verteidigung

Der am Montag veröffentlichte Entwurf des Haushalts sieht vor, knapp 13,5 Billionen Rubel (über 145 Milliarden Dollar) für die nationale Verteidigung auszugeben. Das sind etwa drei Billionen Rubel (32 Milliarden Dollar) mehr als im Vorjahr, als bereits der vorherige Rekord aufgestellt wurde.

Der Krieg in der Ukraine

Der Ukraine-Konflikt gilt als der größte in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg und hat die Ressourcen beider Seiten stark beansprucht. Ukraine erhält Milliarden von Dollar Hilfe von ihren westlichen Verbündeten, während Russlands Streitkräfte zahlenmäßig überlegen und besser ausgestattet sind. In den letzten Monaten hat die russische Armee allmählich ukrainische Truppen in östliche Gebiete zurückgedrängt.

Internationale Unterstützung für die Ukraine

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj reiste letzte Woche in die Vereinigten Staaten, um weiterhin finanzielle und militärische Unterstützung zu gewinnen, während der Krieg im kommenden Februar die Drei-Jahres-Marke überschreiten wird.

Finanzielle Herausforderungen Russlands

Präsident Wladimir Putin sieht sich ebenfalls der Herausforderung gegenüber, wie er seinen Kriegseinsatz aufrechterhalten kann, da die Militärausgaben die russische Wirtschaft stark belasten. So hat die Russische Zentralbank Anfang des Monats den Leitzins um einen vollen Prozentpunkt auf 19% angehoben, um der hohen Inflation entgegenzuwirken. Das Ziel ist es, die Inflation von derzeit 9,1% auf das Ziel von 4% bis 2025 zu senken.

Zukünftige Ausgaben und Militärhilfe

Laut dem Haushaltsentwurf sollen die Verteidigungsausgaben im Jahr 2026 zurückgehen. Der vorgeschlagene Haushalt könnte sich jedoch noch ändern, da er durch drei Lesungen im Staatsduma, dem Unterhaus des Parlaments, geht und anschließend im Föderationsrat, dem Oberhaus, behandelt wird, bevor der russische Präsident ihn in Kraft setzt.

Einberufung und Militärpersonal

In der Zwischenzeit unterzeichnete Putin am Montag einen Einberufungsbefehl für 133.000 Wehrpflichtige im Rahmen der Herbstkampagne von 2023, was eine routinemäßige Zahl für saisonale Einberufungen entspricht. Im September hatte er zudem die Militärführung angewiesen, die Anzahl der Soldaten um 180.000 auf insgesamt 1,5 Millionen zu erhöhen. Das gesamte Militärpersonal würde somit etwa 2,4 Millionen

betragen.

Drohnenangriffe auf die Ukraine

Über Nacht feuerten russische Streitkräfte Raketen und Drohnen auf 11 Regionen in der Ukraine, wie die ukrainische Luftwaffe am Montag berichtete. Dies war die 33. Nacht in Folge, in der Angriffe hinter der Frontlinie stattfanden, und stellte einen neuen monatlichen Rekord für Drohnenangriffe auf. Zum ersten Mal wurden im Laufe des Monats über 1.000 iranische Shahed-Drohnen eingesetzt, die an jedem Tag des Monats zur Anwendung kamen.

Reaktionen in der Ukraine

In Kiew waren während der Nacht mehrere Explosionen und Schüsse aus Maschinengewehren zu hören, während die Luftabwehr der ukrainischen Hauptstadt für fünf Stunden gegen einen Drohnenangriff kämpfte. Es wurden keine Verletzten in Kiew oder anderswo gemeldet, jedoch gab es einen Brand an einem „kritischen Infrastrukturobjekt“ in der südlichen Region Mykolaiv, wie Gouverneur Vitalii Kim berichtete.

Putins Vorwürfe gegen den Westen

Weiters präsentierte Putin am Montag ein Video zum zweiten Jahrestag der Annexion von vier ukrainischen Gebieten und beschuldigte den Westen erneut, die Ukraine in eine „Militärbasis gegen Russland“ verwandelt zu haben. Er sprach Anzeichen der Annexion der Donetsk, Luhansk, Kherson und Zaporizhzhia Regionen an, nachdem in 2022 ein als Scheinreferendum verurteilter Prozess stattfand. Russland hatte bereits 2014 die Krim illegal annektiert.

Lebensbedingungen in besetzten Gebieten

Putin erklärte, seit 2022 würden die Betriebe in den besetzten

Gebieten „aktiv wiederhergestellt“ und Krankenhäuser sowie Schulen würden wieder aufgebaut. Während Tausende Ukrainer aus diesen vier Regionen aufgrund der russischen Invasion geflohen seien, betonte Putin, dass die militärischen Operationen in der Ukraine darauf abzielten, das „Wohlergehen“ der Bewohner und die „Zukunft für unsere Kinder und Enkel“ zu sichern.

Details

Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)